

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsanstalt: Seb. Kiehl, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einjährig 12 Mark, halbjährig 7 Mark, vierteljährig 4 Mark, monatlich 1 Mark. Einzelnummern 10 Pf.

Schriftleitung: Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelgenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilgröße 30 Pf., die 40 mm breite Reklamengröße 1,50 Mk., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachlieferung 10 Pf.

Nr. 106

Dresden, Sonnabend den 8. Mai 1926

37. Jahrg.

Das Bollwerk der Organisation

Zum sächsischen Parteitag

Die Partei steht inmitten schwerer Auseinandersetzungen mit der Reaktion. Hinter uns liegt die erste Etappe im Kampf um die entscheidungslöse Entzweiung der Parteien. Der Reichstag hat das Volksbegehren abgelehnt, der Volksentscheid steht bevor, und damit die Entscheidung nicht nur über eine konkrete Streitfrage, sondern über die Richtung der politischen Entwicklung der deutschen Republik überhaupt. Eine folgenschwere Provokation zerschlug sich das Halbjahr, das zumeist über Deutschland liegt: der Klagenertag der Reichsregierung ist ein politisches Fiasko! Wir rufen für die schweren Wahlen an, sowohl für das sächsische Parlament, wie für die sächsischen Gemeindevertretungen. Immer neue Machinationen und Verleumdungen sind die Waffen der Reaktion mit denen die Erfolge der Partei abgeteilt werden sollen!

Genosse Sollmann sprach in der Nummer der Dresdner Volkszeitung der Parteitreue des sächsischen Proletariats, deren Vertrauen zur Sozialdemokratie seit nun drei Jahren unerbittliche Belastungsproben auszuhalten habe, seine Bewunderung aus. Inmitten schwerer Auseinandersetzungen mit den Gegnern hält morgen die Parteigenossenschaft Ost Sachsens Weichsel, und wenn der Parteitag sein Urteil über die geleistete Arbeit fällen, wenn er sich Rechenschaft über die künftigen Aufgaben geben wird, dann wird, dessen sind wir gewiss, erneut ein lebendiger Beweis für die Stärke unserer Bewegung, für die Treue, die die Mitgliedschaft mit der Partei verbindet, für das Vertrauen des sächsischen Proletariats zur Fahne des Sozialismus gegeben sein!

Millionen von größtem Ausmaß dauernd mit der Sachlagepolitik einer Führergruppe belastet zu sein? Die sächsische Partei ist nur ein Teil der Gesamtpartei und das hindert einen früheren Abschluß der Auseinandersetzung mit den Treulandsvänseln. Aber nach dem nun dieser Abschluß, in Übereinstimmung mit der Gesamtpartei, erfolgt ist, kommt den getroffenen Entscheidungen auch um so größere Bedeutung zu. Berechtigt wurde der in Sachsen eingeschlagene politische Kurs, gerichtet ist eine Politik, die zum offenen Verrat am Proletariat und der Partei wurde. Die Treulandsvänsel sind ausgeschloffen worden! Taf der Ausschluß im Schiedsverfahren bestätigt wird, ist, nach der letzten Tagung des Parteiaususses, nicht mehr zu bezweifeln. Und wenn der Parteiaususs den energischen Willen bekundet hat, allen Versuchen, die organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei zu zerstören, sofort zu begegnen, so wird sich der Parteitag, aller Konsequenzen eingedenk, diesen Willen zu eigen machen. Der Parteitag wird einen klaren Schritt unter den Sachverhältnissen zu tun und wird seine ganze Aufmerksamkeit den Kämpfen der Zukunft zuwenden.

Der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Zwang

der politischen Entwicklung, hat Spannungen mit der Reichspartei ausgeglichen. Die Tendenz der gesamten Partei im Reich ist auf Kampf eingestellt und im Zeichen des Kampfwillens wird die Partei Vertrauen zum Sozialismus in den breiten Massen des Volkes wecken, neue Mitstreiter heranziehen und politische Erfolge erringen können.

Erkennen wir, daß das politische Fundament der Partei im Bezirk gesund ist, zeigt der Stand der Organisation die ungebrochene Kraft der Partei, welchen die politischen Erfolge, über die berichtet werden kann, welche Leistungen die Partei auch künftig zu vollbringen vermag? So ist zu gleicher Zeit auch ein Beweis gegeben für das innige Verhältnis zwischen den Massen der Mitglieder und der Führung. Mein Glaube ist, daß die sächsischen Genossen doch noch die politische Kluge und menschlich weise Führung sich schaffen werden, die sie verdienen, so hoffte Genosse Sollmann am Schluß seiner Mitredung. Die Erfolge der sächsischen Partei, so will es uns scheinen, waren aber auch bisher nur möglich unter einer Voraussetzung: daß ein Band des Vertrauens zwischen Führung und Mitgliedschaft vorhanden war! Denn politische Erfolge sind erst das Ergebnis politischer Arbeit! Und politische Arbeit für den Sozialismus bedingt Vertrauen, das nicht losgelöst werden kann von den Personen, die verantwortlich zu handeln berufen sind, die durch ihr Wirken das höchste Band stärken müssen, das die Partei hat: das Vertrauen zu ihr! Oskar Edel, R. d. L.

Persönliches Regiment

Von Rudolf Freitscheid

Immer noch ist nicht festgestellt, wer es eigentlich war, der die Initiative zu dem Entschluß der unerbittlichen Klagenverordnung ergriffen hat. Eine ganze Reihe von Behauptungen und Vermutungen kreuzen einander und verwirren das Bild. Der Reichspräsident, der Reichskanzler, die deutschen diplomatischen Vertreter im Ausland, die Auslandsdeutschen, die Hamburger Großkaufleute — sie alle und noch einige andere werden als diejenigen genannt, die den ursprünglichen Anstoß gegeben haben sollen. Aber es ist schließlich möglich, sich bei der Frage nach der Vaterstadt der ungeliebten Idee länger aufzuhalten. Ins Gewicht fällt nur, daß das Reichskabinett, und daß vor allen Dingen der Reichskanzler, der, nach der Verfassung, die Richtlinien der Politik bestimmt, die politische Verantwortung tragen.

In dessen wurde in der amtlichen Begründung verächtlich, die Verordnung habe gar keine politische, sondern nur eine praktische Bedeutung. Es soll eine harmlose Dienstangelegenheit sein, bei der man sich angeblich gar nichts Besondere gedacht hat, und die Aufregung, die im Volk und in den beiden republikanischen Regierungsparteien entstanden ist, will man nicht begreifen. Es ist immerhin eine starke Zumutung, sich Herrn Luther als harmlosen Dinterwäldler vorstellen zu lassen, der die Tragweite einer den Sinn der Verfassung vergewaltigenden Maßregel nicht einzuschätzen weiß.

Sie bestand nicht auf dem Rechte des Parlaments. Nun ist eine Verordnung herausgegangen, ohne daß man es auch nur für nötig gehalten hätte, die Regierungsparteien vorher über die Absichten der Regierung und des Präsidenten zu unterrichten, und den nachträglich erhobenen Bedenken wurde vom Kanzler mit dem Bemerkungen begegnet, daß man Herr von Hindenburg nicht bestimmen könne, seine Absicht aufzugeben.

Mit erschreckender Klarheit offenbart sich der Weg, der gegangen werden soll. Es ist, kurz gesagt, der, der zum wilhelminischen System zurückführt. Die Monarchen können es sich leisten, einstweilen ihre Wünsche nach der Rückkehr der Hohenzollern zurückzustellen. Die Aufgabe an der sie erfolgreich mit Luthers Hilfe arbeiten, ist die Unterhöhlung der demokratischen Republik. Hat man erst an die Stelle des Volkes so etwas wie eine Diktatur des Reichspräsidenten oder auch des Reichskanzlers gesetzt, so kann man sich in Ruhe überlegen, ob die Wiederaufrichtung der Monarchie noch notwendig und zweckmäßig ist. Dazu über Theorien streiten? Jawohl, Herr Luther hat Recht: Die Klagenverordnung hat praktische Bedeutung. Sie ist Provis des persönlichen Regiments.

Die Macht, die wir auf das öffentliche politische Leben auszuüben vermögen, ist wesentlich bedingt durch die Kraft und die Stärke unserer Organisation. Der ausführliche Bericht des Bezirksvorstandes Ost Sachsens, der dem Parteitag schriftlich vorzulegen wird, legt dafür Zeugnis ab, daß alle Hoffnungen auf eine Jermürdung der sozialdemokratischen Partei enttäuscht wurden, daß alle Angriffe der Gegner an der inneren Kraft der Partei zurückprallen. Dies beweist am besten der vorzügliche Stand der Organisation. Nicht nur, daß alle Aufgaben restlos erfüllt werden konnten, die sich aus der jeweiligen Situation ergaben, der Bezirksvorstand wurde in erhöhtem Maße seine Aufmerksamkeit auch solchen Problemen zu, die zum Teil neu und dunkel waren. Im Geschäftsjahre wurde die Bildung kommunalpolitischer Ausschüsse durchgeführt, um ein einheitliches Auftreten sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu erreichen. Die sozialdemokratische Bewegung, schwer gehemmt durch reaktionäre Maßnahmen der sächsischen Koalition, ward ausgebaut. Der Parteitag steht ein erprobter Stamm parteigenösslicher Beamten zur Seite. Die Bildungsarbeit wurde eifrig gefördert als die Grundlage einer fruchtbareren Zukunftarbeit. Die Arbeiterbewegung, die Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt, die Organisation der jugendlichen Arbeiter und der Frauen weisen vielversprechende Erfolge auf. Reges pulverndes Leben der Partei entfaltet sich auf allen Gebieten. Trotz allen Angriffen der Gegner hielten die SPD, Ost Sachsens, im besten Sinne des Wortes parteigenösslich — in dem Bewußtsein, daß die Sozialdemokratie nur Ziele verfolgt, die mit den Interessen der breiten Massen des Volkes übereinstimmen!

Wir schätzen Luthers Intelligenz viel zu hoch ein, als daß wir seinem törichtigen Rechtfertigungsversuch Glauben schenken könnten. Er hat sich bei der Sache sehr viel gedacht, und seine Absicht ging einfach dahin, den Reichsparteien Zugeständnisse zu machen und gleichzeitig seine Stellung beim Reichspräsidenten zu sichern. Nicht nur, indem er den Farben der Monarchie die Gleichberechtigung neben denen der Republik einräumte, sondern auch, indem er sich bemühte, den Beweis zu erbringen, daß er, ebenso wie die Partei des Grafen Westarp, entschlossen sei, die Prärogative des Reichspräsidenten zu hüten.

Ob die Klagenaffäre zu einem Rücktritt der Regierung führen wird, das hängt von Demokraten und Zentrum ab. Das Zentrum hat die Verordnung bedauert, die Demokraten lehnen es ab, ihr zuzustimmen. Beide Erklärungen sind zunächst rein negativ, und die Frage ist noch offen, ob aus ihnen irgendwelche positiven Konsequenzen gezogen werden können. Demokraten und Zentrum haben einzuwirken ihre Minister im Kabinett belassen. Welche Stellung werden diese beiden Parteien einnehmen, wenn die sozialdemokratische Interpellation im Reichstag beraten wird, und wenn über unser Mißtrauensvotum abgestimmt wird? Die bürgerlich-republikanischen Fraktionen werden das mit sich und ihren Wählern im Lande ausmachen müssen. Wir können es abwarten, und wir bedauern uns darauf, ihnen zu laßen, daß es sich hier um nicht handelt als um die Symbole der Deutschen Republik, daß die demokratische Verfassung auf dem Spiele steht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als Redner für die Debatte über die Klagenverordnung die Genossen Dr. Rudolf Freitscheid und Dr. David bestimmt.

Der Flaggenstandal

Herrn Stresemanns „harmlose“ Erklärung

D. Berlin, 8. Mai.

Der Reichsaussenminister hat für angebrocht gehalten, durch eine öffentliche Erklärung in den Streit um die Klagenverordnung einzutreten. Es wäre besser gewesen, wenn sich Dr. Stresemann diese Erklärung erspart hätte, denn er, als Repräsentant der schwarzweißen Farben, vermag keinen Republikaner von der Harmlosigkeit der neuen Verordnung zu überzeugen, und so hat Dr. Stresemann nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt: neue Mißtrauen in Bezug auf seine Verlon in den Reihen der Republikaner.

Der Reichsaussenminister bezog sich in seiner Erklärung als Hauptgrund für die Verordnung die politische Einseitigkeit der Auslandsdeutschen. Die sind, nach seiner Auffassung, bis heute noch zu neun Zehntel schwarzweißrot eingetönbelt. Schluß daran ist zum Teil die gebührende Agitation der Reichspresse im Ausland, dann auch die Einstellung der deutschen Vertreter im Ausland, die wiederholt Kommentare gegen Schwarzrotgold in den deutschen Blättern in London, New York, Berlin, etc. gegeben haben. Der Reichsaussenminister hat gegen diese unangehörigen Zustände nichts unternommen und so die ausländischen Vertreter in der Auffassung belassen, daß ihre Haltung im auswärtigen Falle günstig werde. Antisemitismus ist seine Begründung für die Klagenverordnung in gewissem Sinne nicht anders als eine Antilager gegen sich selbst und das auswärtige Amt, das die antisemitische Propaganda nicht wegzugeworfen und zum Teil belächelt hat.

Schwer lastete im vergangenen Geschäftsjahre auf der Partei die Wirtschaftskrise, eine Folge der kapitalistischen Anarchie im allgemeinen und der Politik des Besitzbürgerbunds im besonderen. Aber daß es die Partei im Reich ablehnt, die Verantwortung für diese Politik durch einen Eintritt in die Große Koalition zu übernehmen, daß sie im Gegenteil Kampfinitiative entfaltet, spornte den Mut der Arbeiterschaft an. Enttäuscht sind die bürgerlichen und kommunistischen Gegner, bei denen, wenn sie von einer Jermürdung der sozialdemokratischen Reihen fabeln, der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Selbständige, energische Vertretung der Interessen der breiten Massen sichert den Aufstieg der SPD und verurteilt alle gegnerischen Angriffe zur Ohnmacht. Nur die selbständige Haltung der Partei hindert insbesondere den verächtlichen Einfluß der SPD., und deswegen hat auch der Bezirk trotz aller Behauptungen, die sächsische Partei liebte mit den Kommunisten, alle Aktionen selbständig durchgeführt.

Aber sollte nicht jeglicher Erfolg in Frage gestellt werden, dann müßten die Auseinandersetzungen mit jenen 23 Abgeordneten, die einst durch das Vertrauen der Parteigenossenschaft in ihre Ämter berufen worden waren und die dieses Vertrauen so schwer mißbraucht haben, zum Abschluß gebracht werden. Der unwürdige Zustand, daß Abgeordnete als Mitglieder der Sozialdemokratie im Bund mit dem reaktionären Vorkriegsamt die eigene Partei bekämpfen, dürfte nicht aufrechterhalten werden, sollte der Partei nicht noch schwererer Schaden zugefügt werden, als es ohnehin durch die Handlungen der 23 geschehen ist. Welche Partei hätte es wohl überhaupt ertragen, bei ihren politischen

Was sich vor uns in den Augen zeigt, ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch der Zerschließung eines persönlichen Regiments. Der Klagenentwurf ist nur ein Mittel in einer deutlich erkennbaren Reihe. Mit der Schenkung des Duellgesetzes und es an. Der Reichspräsident lehnt seine Verbindung ab. Herr Luther verurteilte die Politik, um nachdrücklich auf die prinzipiellen Vorwürfen der Verfassungsmäßigkeit zu machen. Die Menschheit des Reichstages ist sich leider dazu bereit, dem Sozialist eine den Wege zu zeigen.